

4. Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit durch Erleichterung des Berufseinstiegs

Antrag des Regierungsrates vom 25. August 2021 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 209/2020 und gleichlautender Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 15. März 2022

Vorlage 5744

Beat Bloch (CSP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK beantragt Ihnen auch bei diesem Geschäft (*wie auch bei der vorgängig beratenen Vorlage 5734*) einstimmig, das dringliche Postulat abzuschreiben. Auch dieser am 7. September 2020 überwiesene Vorstoss stand ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Der Regierungsrat wurde aufgefordert, ein Anreizkonzept zu erarbeiten, damit Unternehmen Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger weiterbeschäftigen und diese nicht arbeitslos in die Berufswelt starten.

Der Regierungsrat kommt in seinem Bericht zum Schluss, dass aufgrund der tiefen Jugendarbeitslosenquote sowie insbesondere der ausserordentlichen Instrumente, wie etwa die Weiterbeschäftigung im Betrieb mit Kurzarbeit oder der prüfungsfreie Übertritt in die Berufsmaturitätsschule (*BMS*) in den letzten beiden Jahren, kein Bedarf für zusätzliche Massnahmen besteht. Diese Einschätzung teilt auch die Mehrheit der Sozialpartner, dies das Ergebnis einer Vernehmlassung.

Die Kommission schliesst sich der regierungsrätlichen Schlussfolgerung an, und die Mehrheit sieht in der vorgeschlagenen zusätzlichen arbeitsmarktlichen Massnahme, Ausgelernten als Anreiz zur Weiterbeschäftigung einen geringeren Mindestlohn zu zahlen, kein probates Instrument, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. Es wäre Sache der Sozialpartner, bei den sogenannten regulierten Branchen den allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (*GAV*) vorübergehend ausser Kraft zu setzen.

Namens der WAK beantrage ich Ihnen, der Abschreibung des dringlichen Postulats zuzustimmen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Die SVP als Erstunterzeichnerin dieses dringlichen Postulates stimmt den Ausführungen des WAK-Präsidenten zu und ist dementsprechend für die Abschreibung. Ich erlaube mir noch einige Anmerkungen zum doch wichtigen Thema:

Dies ist ein Postulat, das während und wegen der Corona-Pandemie eingereicht wurde. Wir nehmen sehr erfreut zur Kenntnis, dass auch die Jugendarbeitslosigkeit sich nicht so negativ entwickelt hat, wie vielleicht noch vor zwei Jahren befürchtet wurde. Dies ist unter anderem auf die relativ zurückhaltende Corona-Schliessungspolitik in der Schweiz und im Kanton Zürich zurückzuführen. Die Schweiz und der Kanton Zürich stehen besser da als die meisten anderen Länder vor und jetzt eben vor allem auch nach zwei Jahren Corona-Massnahmen. Der laufende Druck der SVP, die Massnahmen auf ein notwendiges Minimum zu be-

schränken, haben sich auch im Nachhinein durchaus als richtig erwiesen, und davon können jetzt auch die Jugendlichen profitieren. Das Thema bleibt aber wichtig und sollte auch im Kantonsrat auf dem Radar bleiben. Die Statistiken über die Jahre zeigen durchaus, dass es ein erhöhtes Risiko für Arbeitslosigkeit bei den Ü-50 (*über 50-Jährige*) und eben auch bei den ganz Jungen gibt. Es ist sehr wichtig, ich sage sogar unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass möglichst alle Jungen direkt nach der Lehre eine Beschäftigung finden. Ein Anfang mit Arbeitslosigkeit ins eigentliche Berufsleben ist, wenn immer, zu vermeiden. Ich danke allen Firmen, die Lernende ausbilden und, wenn immer möglich, diese nach Lehrabschluss weiterbeschäftigen. In der Regel ist das für beide Seiten positiv, dies kann ich aus meiner eigenen langjährigen Erfahrung nur bestätigen.

Zuletzt danke ich der Volkswirtschaftsdirektion und deren Vorsteherin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*), dass sie sich laufend und auch in Zukunft für unser duales Bildungssystem einsetzen und somit indirekt auch Lehrstellen fördern. Insbesondere bei den boomenden ausländischen Firmen, die sich im Kanton Zürich – zum Glück – niederlassen, ist es aber absolut notwendig, auf unser spezielles und sehr erfolgreiches Bildungssystem hinzuweisen, da diese Firmen unser System in der Regel nicht oder kaum kennen und in den Heimatländern oft fast alle und vor allem auch für alles studieren. Der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz zeigt aber: Wir machen hier etwas richtig und können stolz darauf sein. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Ich verlese erneut ein Votum meiner Kollegen Melanie Berner: Die Alternative Liste hat das Postulat bei der Überweisung unterstützt. Damals wie heute betonen wir, dass die Sozialpartner das Problem der Jugendarbeitslosigkeit seit langem erkannt haben. Es gibt zahlreiche allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, welche die Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern zu einem tieferen Lohn als dem Mindestlohn unter klar definierten Bedingungen erlauben. So muss der Lohn innert zwei oder drei Jahren an den Mindestlohn herangeführt werden. Und diese Bedingung ist eben enorm wichtig, ansonsten droht den Jugendlichen dasselbe wie bei einer Beschäftigung in einem Praktikumsverhältnis zu einem sehr tiefen Lohn, nämlich, dass es je nach Elastizität des Arbeitsmarktes acht bis zehn Jahre dauern kann, bis der Lohnrückstand aufgehoben werden kann. Mit der Praktikumlösung würden wir diese Problematik nur verschärfen und den Jugendlichen einen Bärenienst erweisen.

Die Alternative Liste sieht den Handlungsspielraum hier immer noch bei den arbeitsmarktlichen Massnahmen via RAV (*Regionales Arbeitsvermittlungszentrum*). Der Bericht zeigt, dass diese bei den Jugendlichen zu wenig leisten, hier sollte man unserer Meinung nach ansetzen. Dazu müsste dann aber ein anderer Vorstoss her.

In diesem Sinne: Die Alternative Liste schreibt ab. Besten Dank.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Während der Corona-Krise hat sich nicht nur der Arbeitsmarkt in der Schweiz und im Kanton Zürich relativ stabil gehalten, wie wir in der Behandlung des vorgehenden Traktandums festgestellt haben, auch die

Jugendarbeitslosigkeit hat sich trotz Corona relativ gut gehalten. Bereits auf Bundesebene sind frühzeitig Massnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit getroffen worden, darunter die Kurzarbeitsentschädigung für Lernende und auch Lehrmeister, mit dem Ziel, die Lernenden in Betrieb halten zu können, aber auch ein prüfungsfreier Übertritt in die Berufsmaturitätsschule und der «Förderschwerpunkt Lehrstellen Covid-19» des Bundes. Zusätzlich sind folgende Instrumente vorhanden, wir haben diese schon gehört: arbeitsmarktliche Massnahmen, Berufsbildungsmassnahmen, Weiterbeschäftigung, Massnahmen der Sozialpartner. Was aber immer wieder vergessen geht in dieser Sache, das sind einerseits die Massnahmen, die die Sozialpartner auf Bundesebene eingeleitet haben, und andererseits ist es das Engagement der Betriebe. Die Betriebe haben sehr viel gemacht, auch auf Aufruf und auf Einladung der Sozialpartner auf allen Ebenen, damit eben jugendliche Lehrabsolventen weiterbeschäftigt werden können, bis sie eine Anschlusslösung haben. Und das hat meines Erachtens und auch nach Einschätzung der FDP sehr gut geklappt. Unter dem Titel «Förderschwerpunkt Lehrstellen Covid-19» des Bundes entwickelten die Sozialpartner für Jugendliche ohne Anschlusslösung einen zweieinhalbtägigen Workshop mit dem Ziel, ein persönliches Laufbahnportfolio zu erstellen. Anschliessend konnten sich die Betroffenen in Einzelstunden mit einem Coach vertiefen. Auch diese Massnahme hat Wirkung gezeigt, auch wenn nicht sehr viele auf dieses Angebot zurückgegriffen haben. Aber es hat doch gezeigt, dass diese ganze Klaviatur der Massnahmen funktioniert hat.

Wir schreiben das Postulat ab.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Dank Kurzarbeitsentschädigung neu auch für Lernende, prüfungsfreie Übertritte in die Berufsmaturitätsschule und der Förderungsschwerpunkt des Bundes «Lehrstellen Covid-19» haben der Kanton Zürich wie auch der Rest der Schweiz die Corona-Krise bezüglich Jugendarbeitslosigkeit gut überstanden. Die neueste Entwicklung zeigt, dass der befürchtete Anstieg der Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und der Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen ausgeblieben ist.

Im Postulat wurde unter anderem gefordert, dass bei einer angespannten wirtschaftlichen Lage die Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern zu einem tieferen Lohn als dem branchenüblichen Berufslohn möglich sein soll. Das lehnen wir Grünen aus folgenden Gründen ab: Orts-, berufs-, branchenübliche Löhne sollen für alle Berufstätigen gelten. Weicht man diesen Grundsatz auf, wäre das Missbrauchspotenzial einfach zu gross. Und wir sind auch der Meinung, dass junge Menschen nach einer Berufsausbildung ihr Leben eigenständig bestreiten können sollen, darum absolvieren sie ja auch eine Berufsausbildung. Sollte eine erhebliche Jugendarbeitslosigkeit eintreten, sollten die Sozialpartner nach Lösungen für die Weiterbeschäftigung suchen. Doch wirksamer, nachhaltiger sind auch niederschwellige Zugänge zur Weiterbildung, zum Beispiel, indem Weiterbildungen auch ohne gut situierte Eltern ermöglicht werden. Herzlichen Dank, wir schreiben das Postulat ab.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Geschafft! Mit dem Lehrabschluss in der Tasche wollen junge Menschen motiviert das Erlernte umsetzen. Die im Sommer 2020 befürchtete Jugendarbeitslosigkeit ist glücklicherweise ausgeblieben. Einerseits waren nicht alle Wirtschaftssektoren betroffen und andererseits haben die ALV-Massnahmen (*Arbeitslosenversicherung*) gewirkt, wie beispielsweise die Kurzarbeit. Für Jugendliche wurden zudem weitere Möglichkeiten eingeführt. So wurde für das Schuljahr 2021/2022 unter bestimmten Notenvoraussetzungen eine prüfungsfreie Zulassung zum Berufsmaturitätsunterricht gewährt. Diese BMS-ler schnitten genauso gut ab wie jene, welche in den Vorjahren Prüfungen absolvierten. Ein prüfungsfreier Übertritt soll genauer analysiert werden, bevor er allenfalls langfristig übernommen wird.

Die Wirtschafts- und Arbeitswelt verändert sich überall so schnell und so umfassend wie lange zuvor nicht mehr. Hier gilt es aufzupassen, dass durch gutgemeinte protektionistische Massnahmen Lehrgänger nicht Opfer der Umgehung eines strukturellen Wandels werden, indem diese in Berufen festgehalten werden, welche nicht zukunftsfähig sind. So wie die Elektrifizierung seinerzeit den Beruf des Laternenanzünders obsolet machte und dafür neue Berufsgattungen hervorbrachte, werden künftig ebenfalls Branchen verschwinden und dafür andere Berufsbilder aufkommen. Insbesondere Berufseinsteiger sind auf Agilität und Flexibilität im Arbeitsmarkt angewiesen. Dieser wichtige Aspekt darf nicht vernachlässigt werden.

Wir Grünliberalen setzen auf Anreize für Unternehmen und Jugendliche für lebenslanges Lernen. Dieses Postulat schreiben wir ab. Herzlichen Dank.

Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau): Ich profitiere nun von der Gnade des späten Votums, etwas neu für uns (*die neue Ratspräsidentin gestaltet die Rednerliste nicht mehr nach der Grösse der Fraktionen, sondern nach dem Eingang der Wortmeldungen*), aber vieles wurde schon gesagt und dementsprechend kann ich mich kurz und knackig halten.

Corona verschwindet langsam aus unserem realen Leben, zum Glück verschwindet es auch langsam aus der Traktandenliste. Gewisse Vorstösse sind überholt, und glücklicherweise stellt sich die Situation auch hier mit der tiefen Jugendarbeitslosigkeit ganz anders dar, als wir das vor zwei Jahren befürchtet haben. Weitere Massnahmen für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger sind also nicht erforderlich, wir haben das im Bericht lesen können. Das freut die Wirtschaft, aber das freut natürlich auch die SP.

Zwei Punkte sind uns allerdings noch besonders wichtig, den ersten hat meine Kollegin von der AL schon genannt: Bei den Praktika schauen wir weiterhin sehr genau hin, damit diese nicht missbräuchlich verwendet werden, um einfach eine Art Lohndumping zu machen. Ein Praktikum kann nur dann sinnvoll sein, wenn es sich allenfalls um Quereinsteigende handelt. Das Zweite, das mein Kollege von der SVP schon aufgenommen hat: Natürlich sehen wir auch das duale Bildungssystem als wichtigen Aspekt unserer Bildungslandschaft. Der prüfungsfreie Übertritt für die Nachholung der Berufsmaturität, der nun so beibehalten werden soll, sehen wir als ganz gute Möglichkeit, um auch gegen den Fachkräftemangel aktiv

zu werden. Es hat sich gezeigt, dass die Erfolgsquote auch dann sehr hoch ist oder sich praktisch nicht verändert hat, wenn man ohne Prüfung zu dieser Weiterbildung kommen kann.

Auch die SP ist für die Abschreibung dieses Postulates. Besten Dank.

Beat Monhart (EVP, Gossau): Mit diesem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, ein Anreizkonzept zu erarbeiten, damit Unternehmen Lehrabgängerinnen und -abgänger weiterbeschäftigen und diese nicht arbeitslos in die Berufswelt starten. Die ausführlichen Darlegungen von Regierungsrat und Kommission lassen den Schluss zu, dass die bestehenden Instrumente auf dem Arbeitsmarkt offenbar ausreichend sind und eine Mehrheit der Befragten keine Notwendigkeit für staatliche Interventionen in Form eines Anreizsystems sieht. Im Moment scheint sich diesbezüglich die wirtschaftliche Situation tatsächlich etwas entspannt zu haben, was natürlich erfreulich ist. Aber das Thema könnte zu einem späteren Zeitpunkt durchaus wieder aktuell werden.

Die EVP dankt allen Beteiligten und dem Regierungsrat für die Arbeit im Zusammenhang mit diesem dringlichen Postulat und schreibt ebenfalls ab.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Mit Beginn der Corona-Krise im Februar 2020 stieg die Jugendarbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen tatsächlich von 2,2 Prozent auf 3,4 Prozent im Februar 2021, und das hat mir damals auch Sorgen gemacht, das kann ich Ihnen sagen. Glücklicherweise kann man heute sagen, dass seither die Jugendarbeitslosigkeit am Sinken ist. Sie liegt aktuell – das ist Stand März 2022 – bei 1,6 Prozent, das heisst, unter dem Durchschnitt. Und das zeigt, dass der befürchtete Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zum Glück ausgeblieben ist, sie liegt bei den Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern heute sogar unter dem Vor-Krisen-Niveau. Das heisst, wir haben einen starken Arbeitsmarkt. Und es hat sich gezeigt, dass Berufsbildung eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt ist.

Das Postulat begründete die Forderung nach einem Anreizkonzept damals damit, dass eine Weiterbeschäftigung der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger zum geforderten Mindestbruttolohn in der angespannten wirtschaftlichen Lage nicht möglich sei. Ich möchte darauf hinweisen, dass es einzig die Sozialpartner sind, die einen Anreiz zur Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern leisten können, indem sie zum Beispiel die Mindestlöhne in einem allgemeinverbindlich erklärten GAV ausser Kraft setzen. Das Thema «Praktika» ist mir auch wichtig, damals schon in der Krise, aber auch jetzt in der Krise um den Krieg in der Ukraine, und wir schauen auch hier bei den Flüchtenden selbstverständlich genau hin. Wir haben Stellungnahmen eingeholt des KMU- und Gewerbeverbandes des Kantons Zürich, des Arbeitgeberverbandes, VZA, des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich, Syna, des Kaufmännischen Verbandes, des Zürcher Bankenverbandes und der Zürcher Handelskammer, und sie alle haben klar Stellung genommen, dass es kein weiteres Anreizsystem braucht, dass die

Zusammenarbeit unter den verschiedenen Beteiligten wirkt und auch verantwortlich getragen wird, und ich freue mich, wenn das auch in Zukunft im Kanton Zürich so bleibt. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 209/2020 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.